

Alles über Gräben ausgegraben

Die Aussenpolitik polarisierte Stadt und Land und die Sprachregionen, sagt **Werner Seitz**, Leiter der Sektion «Politik, Kultur, Medien» im Bundesamt für Statistik. Heute erscheint sein Buch über die Geschichte der politischen Gräben in der Schweiz.

DENISE LACHAT

Herr Seitz, Sie haben ein Buch zu den politischen Gräben der Schweiz geschrieben. Nach der Abstimmung über die SVP-Initiative ist das Thema ja wieder topaktuell. Ein Zufall?

Werner Seitz: Nicht unbedingt. Wir untersuchen im Bundesamt für Statistik nach jeder Abstimmung die Gräben in der Schweiz und stellen bei vielen Abstimmungen einen mehr oder weniger ausgeprägten Röstigraben fest. Bei der jüngsten SVP-Initiative war dieser Graben sehr tief und es wurde die Romandie überstimmt. Das kann dann zu heftigen Diskussionen in der Öffentlichkeit führen.

Zum Röstigraben kommt diesmal auch ein Stadt-Land-Graben hinzu. Welcher der beiden war dem zuerst da?

Seitz: Der Stadt-Land-Graben ist der ältere: Die alte Eidgenossen-

Die lateinische Schweiz ist also ein Konstrukt?

Seitz: Ja, das zeigt schon ein Blick auf die Bundesratswahlen, wo Tessiner kaum als Vertreter der Romandie betrachtet werden. Auch in der Aussenpolitik existiert die lateinische Schweiz nicht, in der Sozialpolitik hingegen verhalten sich die französisch- und italienischsprachige Schweiz ähnlich. Bei der Verkehrspolitik wiederum liegen Deutschschweiz und Tessin näher beieinander.

Nach welchem Prinzip funktioniert denn der Stadt-Land-Graben heute?

Seitz: Es sind vor allem die klassischen Themen wie der Konsumenten- und Mieterschutz sowie die Landwirtschaftspolitik. Dann geht es auch um Themen wie die ökologische Ausrichtung der Landwirtschaftspolitik, die Verkehrs- und Aussenpolitik. Interessant ist, dass dieser Graben vor allem innerhalb der Deutschschweiz ausgeprägt ist; die Romandie stimmt in diesen Fragen homogener.

Wie erklären Sie, dass der Stadt-Land-Graben gerade in der Ostschweiz so deutlich ist?

Seitz: Es gibt in der Schweiz auch ein West-Ost-Gefälle. Der Stadt-Land-Graben ist aber auch im Kanton Bern deutlich. Überall, wo die SVP auf dem Land stark ist, treten tiefe Stadt-Land-Gräben auf.

Was ist denn Ursache, was Wirkung?

Seitz: Die SVP hat über viele Jahre hinweg eine bemerkenswerte Aufbauarbeit betrieben. Sie hat nicht konservatives Unbehagen kreiert, dieses fand seinen Ausdruck schon früher in der Schweizer Demokratie und der Autopartei. Es gelang der SVP aber, diesen konservativen Unmut zu bündeln. Das haben die Auns und Christoph Blochers SVP beim EWR als erste gespürt und ihn dann erfolgreich bewirtschaftet.

Der Thurgau steht ja bei der Abstimmung über die SVP-Initiative deutlich im Ja-Lager. Wie erklären Sie diesen Trend hin zur Europaskepsis?

Seitz: Die SVP ist in den letzten Jahrzehnten im Thurgau stärker geworden. Wenn man aber die Abstimmungsergebnisse mit 1992 vergleicht, stelle ich keinen starken Rutsch fest. Damals sagten 36 Prozent Thurgauer Ja zum EWR. Bei den späteren Europa-Abstimmungen stimmte der



Bild: Uwe Schädelin

Statistiker Werner Seitz: «Der Pfarrer schaute ganz genau hin, ob man beim richtigen Bäcker einkaufte.»

Thurgau zu Schengen/Dublin und zur Ostzusammenarbeit mit 44 Prozent zu und zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit mit 52 Prozent. Zur SVP-Initiative sagt er schliesslich mit 58 Prozent Ja, das entspricht etwa 42 Prozent im Vergleich zu den anderen europapolitischen Abstimmungen. Das scheint mir keine grosse Veränderung zu sein. In der Romandie ist sie viel ausgeprägter. Dort ist die Europhilie stark zurückgegangen, um bis zu 21 Prozentpunkte.

Sie haben Ihre Jugend in der Ostschweiz verbracht. An welchen Gräben erinnern Sie sich?

Seitz: Ganz klar an den konfessionellen. Meine Familie zog damals von der Stadt St. Gallen ins

Rheintal, und plötzlich waren die Schulen konfessionell getrennt. Heute lacht man darüber, aber damals gab es auch einen katholischen und einen reformierten Bäcker. Und der Pfarrer schaute ganz genau hin, ob man denn auch beim richtigen Bäcker einkaufen ging.

Bei welchem Bäcker mussten Sie denn einkaufen?

Seitz: Beim katholischen. Zudem war der Schulbeginn zwischen den Konfessionen um eine Viertelstunde versetzt. Und wer mit den Reformierten Fussball spielte, musste mit einer spitzen Bemerkung des Pfarrers rechnen.

Dem konfessionellen Graben widmen Sie ein grosses Kapitel in

Ihrem Buch. Spielt Religion heute bei Abstimmungen noch eine Rolle?

Seitz: Nein. Der konfessionelle Graben war von der Reformation bis zum Ende des 19. Jahrhunderts sehr dominierend. Nach dem Zweiten Weltkrieg aber verschwand er. Das lässt sich schön an den Katholisch-Konservativen ablesen, die sich 1971 in Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) umbenannten und als Partei der Mitte positionierten. Dass die SVP ab den 90er-Jahren in den katholischen Gebieten Fuss gefasst hat, liegt auch daran, dass das Konfessionelle keine Rolle mehr spielt. So polarisiert die Fristenlösung heute nicht mehr nach Konfessionen, während das in den 70er-Jahren noch der Fall war. Auch

die Europapolitik ist überkonfessionell positioniert, den Kontrapunkt besetzt die nationalkonservative, ehemals reformierte SVP, die der CVP viele Wähler abgejagt hat.

Gräben trennen. Was fasziniert Sie daran?

Seitz: Gräben heissen für mich nicht, dass man sich nicht mag. Es geht eher um Unterschiede, Vielfalt, manchmal auch um Konflikte. Sicher, der konfessionelle Graben war tief und führte zu vier Bürgerkriegen. Doch nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Mobilität und mit dem Aufkommen der Massenmedien verschwand er. Solche Veränderungen sind für mich spannend: Gräben sind nicht in Stein gemeisselt. Das gilt übrigens auch für die Inhalte des Röstigrabens. Lange Zeit war die Deutschschweiz der Motor in der Sozialpolitik, während die Romandie bremste und etwa das Fabrik-

Es gibt spannende Veränderungen, denn Gräben sind nicht in Stein gemeisselt.

gesetz verwarf. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wechselten dann die Seiten. Heute wollen die Romands den Sozialstaat ausbauen, während die Deutschschweizer umgekehrt aufs Sparen pochen.

Hat ein Sektionsleiter im Bundesamt für Statistik so wenig zu tun, dass ihm noch Zeit zum Schreiben bleibt?

Seitz (schmunzelt): Nein, der statistische Alltag ist sehr hektisch. Aber wenn ein Sektionsleiter nur zu achtzig Prozent arbeitet und alle vier Jahre ein Sabbatical von drei Monaten nimmt, um die interessanten Wahl- und Abstimmungsergebnisse der letzten 150 Jahre zu analysieren: Ja, dann geht das.

Die Schweiz hat gerade freiwillig einen Graben zu Europa aufgerissen. Das nächste Buch ist also geplant?

Seitz: Ja, aber um Gräben wird es darin nicht mehr gehen.

Werner Seitz, Geschichte der politischen Gräben in der Schweiz. Eine Darstellung anhand der eidgenössischen Wahl- und Abstimmungsergebnisse von 1848 bis 2012. Kompaktwissen CH, Band 20, 2014. 182 Seiten, CHF 22.- Rüegger Verlag.

Unbewilligte Kundgebung

SOLOTHURN. Angehörige der rechtsextremen Szene sind am Samstagabend mit Fackeln und weissen Masken durch die Altstadt von Solothurn gezogen. Die Kundgebung war nach Angaben der Solothurner Kantonspolizei vom Sonntag nicht bewilligt. Gegen 80 Menschen marschierten mit. Die Kundgebung sei laut der Polizei friedlich verlaufen, Beschädigungen habe es nicht gegeben. Der Fackelzug habe sich nach kurzer Zeit aufgelöst und die Teilnehmer seien in kleinen Gruppen aus der Innenstadt abgezogen. Zwei Frauen, die nicht mitmarschiert waren, wurden von Feuerwerk, das von Teilnehmern abgeschossen worden war, leicht verletzt. (sda)

Marschhalt beim freien Personenverkehr

Der Bundesrat legt die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit mit Kroatien vorerst auf Eis: Die Schweiz unterzeichnet das fertig verhandelte Abkommen nach dem Ja zur Initiative «Gegen Masseneinwanderung» nicht. Parteienvertreter sind darob nicht überrascht.

BERN. Justizministerin Simonetta Sommaruga informierte die kroatische Aussenministerin Vesna Pusić am Telefon darüber, dass das entsprechende Protokoll in der derzeitigen Form nicht unterzeichnet werden könne. Im Gespräch ging es um die Folgen der Zuwanderungs-Initiative: Sommaruga erläuterte der kroatischen Ministerin unter anderem, dass eine neue Verfassungsbestimmung direkt anwendbar sei, wonach keine völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen werden dürften, die gegen den neuen Verfassungsartikel verstössen. Der Bundes-

rat prüfe nun Lösungen, die Kroatien nicht diskriminierten, erklärte ein Sprecher des Justiz- und Polizeidepartements. Pusić habe die Informationen zur Kenntnis genommen und Sommaruga habe mit ihr weiteren direkten Kontakt vereinbart.

Klärung am Donnerstag?

Die EU-Kommission liess verlauten, sie verstehe, dass es «für die Schweiz schwierig» sei, das Abkommen zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien zu unterschreiben. Das Nicht-Unterschreiben hat nun Folgen. Ein Sprecher der EU-

Kommission bestätigte eine Meldung des Westschweizer Fernsehens, dass die Verhandlungen über das Forschungsabkommen «Horizon 2020» und das Studentenaustauschprogramm «Erasmus+» bis auf weiteres ausgesetzt worden sind. Weitere Klärungen könnte der Donnerstag bringen: Dann trifft Staatssekretär Yves Rossier in Brüssel Amtskollege David O'Sullivan, Generaldirektor im Europäischen Auswärtigen Dienst der EU.

«Keine Überraschung»

In der schweizerischen Parteienlandschaft überrascht der

Marschhalt mit Kroatien nicht sonderlich. Für FDP-Präsident Philipp Müller ist seit der Abstimmung «völlig klar, dass das mit Kroatien ausgehandelte Abkommen nicht ratifiziert werden kann». Auch für CVP-Parteipräsident Christophe Darbellay ist der Entscheid des Bundesrates «logisch und keine Überraschung», wie er auf Anfrage sagte. Man könne mit Kroatien nicht etwas vereinbaren, was das Volk nicht wolle.

SVP-Parteipräsident Toni Brunner fordert derweil ein rasches Tempo bei der Umsetzung der Initiative. Weil die volle Freizü-

gigkeit mit den EU-Oststaaten im Juni beginnt und im Sommer 2016 Rumänien und Bulgarien folgen, rechnet er mit einer «massiven Einwanderungswelle», wie er im Interview mit der «Schweiz am Sonntag» sagte.

SP-Präsident Christian Levrat ist indes der Ansicht, dass eine Kündigung der bilateralen Verträge von Schweizer Seite dem Volk vorgelegt werden müsste. «Das Volk muss dann wählen können zwischen der Umsetzung der Initiative und der Sicherung des bilateralen Wegs», sagte er im Interview mit der «SonntagsZeitung». (sda)